

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkommandos zu Bauen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände im Stadtrand und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 446

**Verkaufsweg:** Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich Mk. 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

**Postfach-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. Gemeinverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Reichsmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., breite Anzeigen 30 Pfg., die 50 mm breite Anzeigen (im Textteil) 20 Pfg. Für das Setzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Aufschlag. — Erscheinungsort Bischofswerda

Nr. 204

Donnerstag, den 2. September 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

• In der Genfer Unterkommission ist am Dienstag ein neuer von den deutschen Vertretern unterführter Vorschlag für die Regelung der Ratsfrage angenommen worden. Mit Ausnahme des polnischen Vertreters stimmten alle Mitglieder dem Vorschlag zu.

Der englische Außenminister Chamberlain ist Dienstag abend in Paris eingetroffen und reiste nach einer Unterredung mit Briand nach Genf weiter.

Nach Meldungen aus Sebastian wird der Konflikt der spanischen Regierung mit den Artillerieoffizieren durch den Rücktritt des spanischen Kriegsministers beigelegt werden.

Die bulgarische Regierung hat auf die Kollektionsnote Südlawiens, Rumaniens und Griechenlands geantwortet, daß sie bereit ist, die Streitfälle dem Völkerbund zu unterbreiten, und sich verpflichtet, alle durch den Völkerbund empfohlenen Maßnahmen auszuführen.

• Die Verhandlungen über den Schiedspruch im Ruhrbergbau sind gescheitert. Auch die Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten haben das Lohnabkommen gekündigt.

Zu den in den Meldungen finden die Leser Ausführliches in unserer Stelle.

## Einigung in der Genfer Unterkommission.

Genf, 1. Sept. (Draht.) Die Unterkommission der Studienkommission, die mit der Ausarbeitung eines neuen Vorschlags für die Regelung der Ratsfrage beauftragt wurde, ist heute vormittag und nachmittag zusammengetreten und hat den Text dieses Vorschlags formuliert, mit dem sich alle Mitglieder der Unterkommission, mit Ausnahme des polnischen Vertreters, der sich seine endgültige Stellungnahme für Mittwoch früh vorbehalten hat, einverstanden erklärt haben. Die Verhandlungen waren außerordentlich schwierig und zum Teil recht erregt, da es sich um die Kernfragen des ganzen Ratsproblems handelte. Die Meinungen stießen hart aufeinander und es bedurfte zahlreicher neuer Vorschläge und Vermittlungsversuche, bevor man sich auf den endgültigen Text einigen konnte. Der deutsche Vertreter betätigte sich in lebhafter Weise an der allgemeinen Kontroverse und es darf festgestellt werden, daß es ihm gelungen ist, eine Reihe von Bestimmungen und Abänderungen, die die deutschen Interessen schädigen konnten, aus dem Entwurf zu beseitigen. Das Projekt des französischen juristischen Sachverständigen Fromageot ist damit fallen gelassen worden. Von deutscher Seite braucht diesem Projekt nicht nachgetrauert zu werden, da es sich im wesentlichen um ein Kompromiß handelt, dem der deutsche Vertreter in Genf nicht leichten Herzens zugestimmt hätte. Das heute ausgearbeitete Projekt, auf das man sich nunmehr geeinigt hat, geht im wesentlichen auf das Maiprojekt Lord Robert Cecil zurück. Der Unterschied zwischen ihm und dem Maiprojekt besteht nur darin, daß die Ausnahmebestimmungen, die im Maiprojekt für das Jahr 1927 vorgesehen waren, bereits im Jahre 1926 zur Anwendung gelangen werden. Diese Ausnahmebestimmungen beziehen sich auf die Frage der Wiederwählbarkeitsklärung dreier nichtständiger Ratsmitglieder. Ferner enthält das Projekt einen Zusatzantrag, in dem der Völkerbund das Recht eingeräumt wird, in außerordentlichen Fällen ein viertes Ratsmitglied für wiederwählbar zu erklären, wodurch eines der drei anderen auscheiden mußte. Der Völkerbund ist nach wie vor volle Freiheit in ihrer Handlungsweise bei der Wiederwählbarkeitsklärung und Wiederwahl überlassen worden, eine sehr wesentliche Bestimmung, die von deutscher Seite immer wieder mit Nachdruck verteidigt und durchgesetzt wurde. Lord Robert Cecil hat durch seine vermittelnde und konstante Art sehr wesentlich dazu beigetragen, daß dieses Ergebnis erzielt wurde. Für den polnischen Vertreter war es auch hier zunächst nicht möglich, seine Zustimmung zu dem neuen Projekt sofort zu erteilen, und es ist deshalb erklärlich, daß er die

Nacht vom Dienstag zum Mittwoch dazu benutzte, mit dem polnischen Außenminister, der sich nach Lausanne zurückgezogen hat, Rücksprache zu nehmen. Die Vollversammlung der Studienkommission wird heute vormittag um 11 Uhr zusammenzutreten.

## Der Wortlaut der Beschlüsse der Unterkommission.

Genf, 1. Sept. (Draht.) Die in der heutigen Nachmittagsitzung von der Unterkommission der Studienkommission angenommenen Entschlüsse, die der Hauptkommission der Studienkommission morgen vorgelegt werden, haben in der Uebersetzung folgenden Wortlaut:

Artikel 1: „Die nichtständigen Mitglieder werden für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.“

Artikel 2: „Ein auscheidendes Mitglied kann während der auf den Ablauf eines Mandats folgenden 3 Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung bei Ablauf des Mandats oder im Laufe dieser drei Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt, doch darf die Zahl der auf diese Weise wieder gewählten Mitglieder des Rats nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rate sitzenden nichtständigen Ratsmitglieder betragen.“

Artikel 3: „Die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Rats wird auf neun erhöht.“

Artikel 4: „§ 1. Im Jahre 1926 werden die neun nichtständigen Mitglieder des Rats von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß 3 für 3 Jahre, 3 für 2 Jahre und 3 für 1 Jahr gewählt werden. § 2. Von den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten neuen Mitgliedern können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit höchstens 3 für wiederwählbar erklärt werden. § 7. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, der im Jahre 1926 im voraus ein oder zwei oder drei gewählten Mitgliedern läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 zugunsten anderer als der aus dem Rate auscheidenden nichtständigen Mitglieder von der im Artikel 2 vorgezeichneten Befugnis Gebrauch zu machen. Es versteht sich indessen, daß sofern bereits drei Mitglieder seit 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von dieser Befugnis nur in besonderen Ausnahmefällen Gebrauch machen wird.“

Genf, 31. Aug. (Draht.) Die einzige Änderung gegenüber den Beschlüssen vom Mai bezieht sich auf die Bezeichnung der drei während der Uebergangsperiode wieder wählbaren Mitglieder schon 1926. Diese Bestimmung wird ergänzt durch eine Bestimmung, wonach die Bundesversammlung die Möglichkeit behält, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 in besonderen Ausnahmefällen an Stelle der 1926 für wieder wählbar erklärten Staaten auch andere Staaten für wieder wählbar zu erklären. Nach der Bundesversammlung in dem Jahre 1927, 1928 oder 1929 von dieser letzteren Befugnis Gebrauch, so hat das zur Folge, daß, da immer nur drei wieder wählbare Mitglieder im Rate sitzen dürfen, eine entsprechende Anzahl der im Jahre 1926 für wieder wählbar erklärten Staaten faktisch für eine Wiederwahl nicht mehr in Frage kommt. Uebrigens besteht zu beachten, daß der Beschluß über die Wiederwählbarkeit nicht gleichbedeutend ist mit der tatsächlichen Wiederwahl. Ein für wiederwählbar erklärter Staat muß sich vielmehr nach Ablauf seines Mandats in gleicher Weise wie die übrigen dann auftretenden Kandidaten zur Wahl stellen. (W. T. B.)

## Die französische Sängernote überreicht.

Paris, 1. Sept. (Draht.) Die französische Antwortnote in der Ratsfrage ist, wie aus Madrid gemeldet wird, heute der spanischen Regierung überreicht worden. In der Note wird darauf hingewiesen, daß Spanien niemals die Ratsfrage aufgeworfen habe. Bei zahlreichen Zusammenkünften zwischen französischen und spanischen Staatsmännern sei niemals von Langer die Rede gewesen.

London, 1. Sept. (Draht.) „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel: Die spanische Diplomatie habe in der Ratsfrage eine ausgesprochene Niederlage erlitten. Diese Frage werde nicht herangezogen werden, um die anderen Probleme, die vor dem Völkerbund stehen, zu kom-

plizieren. Die britische Ansicht gehe dahin, daß die Zahl der ständigen Sitze nicht vermehrt werden solle, bevor Deutschland dem Völkerbund beigetreten sei und ständiges Ratsmitglied geworden sei.

London, 31. August. (Draht.) Aus Genf berichtet die „Daily News“, es sei jetzt vollkommen sicher, daß Spanien keinen ständigen Ratsitz erhalten werde. Man sei jedoch ziemlich allgemein der Ansicht, daß Spanien nicht den Völkerbund verlassen wolle, wenn es ohne zu viel Prästigeinbuße eine Rückzugsstraße finden könne. Im gegenwärtigen Augenblick bestehe keinerlei Aussicht darauf, daß die Langerfrage in Genf in irgendeiner Gestalt erledigt wird. Es sei möglich, daß Spanien beschließt, sich zeitweilig von den Völkerbundssitzungen fernzuhalten bis es fest, wie sein Langerorschlag aufgenommen wird.

## Abd el Krim in Marseille.

Paris, 1. Sept. (Draht.) Abd el Krim ist heute an Bord des Dampfers Abda im Hafen von Marseille angekommen. Seine Weiterbeförderung nach der Insel Reunion findet am 2. September statt.

## Die Stimmung in Tanger.

London, 1. Sept. (Draht.) „Westminster Gazette“ berichtet aus Tanger: Die Nachricht von der Beizung der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, die Ueberlassung von Tanger an Spanien als eines Teiles eines Protektorates zu erwägen, habe in der französischen Kolonie Unruhe hervorgerufen. In der spanischen Kolonie aber Unspürung geweckt. Von der Verwaltung werde alles getan, um einen Konflikt zwischen den beiden Gruppen zu verhindern.

## Keine Änderung der amerikanischen Schuldenpolitik.

London, 1. Sept. (Draht.) Reuter berichtet, Washington sei, wie erklärt wurde, der Ansicht, daß kein Grund bestehe, irgendeine Änderung der Politik der Regierung in der Frage der den Vereinigten Staaten vom Ausland geschuldeten Beträge vorzunehmen.

## Die deutsche Minderheit in Polen protestiert beim Völkerbund.

Die „Post. Ztg.“ meldet aus Breslau, daß sich in dem Kampf um die deutschen Minderheitsschulen in Ostoberschlesien nach Zurückweisung von 90 % der deutschen Einschulungsanträge durch die Schulverwaltung der Ratowitzer Wojewodschaft der deutsche Volksbund mit einem Protest gegen die Nichtbeachtung der Bestimmungen des Genfer Abkommens nicht nur an den Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien Calonder, sondern auch direkt an den Völkerbund gewandt hat, da der Präsident lediglich eine moralische Macht sei und keinerlei Exekutive besitze.

## Der Höflichkeitsbesuch Mellons bei Poincaré.

Paris, 1. Sept. (Draht.) Der Empfang des amerikanischen Schatzmeisters Mellon durch Poincaré, der in den späten Nachmittagsstunden stattfand, hat nur kurze Zeit gedauert. Am Schluß der Unterredung betonte man lediglich nochmals den Höflichkeitscharakter des Besuchs. Poincaré empfing außerdem im Verlaufe des Nachmittags den Minister für öffentliche Arbeiten, Lardieu, mit dem er eine Besprechung über die Frage der deutschen Sachlieferungen hatte. Mittwoch vormittag findet ein Kabinettsrat statt, an dem Briand noch teilnehmen wird. Es ist daher zu vermuten, daß auch außenpolitische Fragen zur Besprechung gelangen werden.

## Die Einnahme von Hankau noch nicht bestätigt.

London, 1. Sept. (Draht.) „Times“ meldet aus Schanghai, das dort umlaufende Gerücht, daß Hankau von den Kantontuppen eingenommen sei, sei vollkommen unbegründet. In einem Leitartikel schreibt indessen „Times“, es könne kein Zweifel mehr bestehen, daß den Heeren Wupeifu eine ernste Niederlage von den Südruppen zugefügt worden sei. Die Einnahme Hankaus und seiner Nachbarstädte durch die Kantontuppen müßte den Lauf der Ereignisse im letzten Jahre beschleunigen.